



Rechtsprechungsübersicht aktuell

Ausgabe März 2015

Inhaltsübersicht

Zivilsenate

1. 4 U 90/14 **Urteil vom 18.11.2014**
Irreführung, maklerbetreute Kunden, Schreiben der Versicherung, Rufnummer Kundenservice, regionale Filiale
2. 5 U 78/14 **Urteil vom 19.01.2015**
unzulässiges Teilurteil
3. 5 W 69/14 **Beschluss vom 24.11.2014**
richterliche Durchsuchungsanordnung
4. 7 U 42/14 **Urteil vom 16.01.2015**
Entschädigungsanspruch, Einspeisungsmanagement
5. 15 W 79/93 **Beschluss vom 10.10.1993**
Ausschluss von Versorgungsleistungen
6. 15 W 256/14 **Beschluss vom 23.12.2014**
Grunddienstbarkeit, Inhalt, Photovoltaikanlage, Strom, Eigenverbrauch, Grundstück
7. 15 W 302/14 **Beschluss vom 16.01.2015**
Nacherbenvermerk, Vorerbenverfügung, Grundbuch, Bekanntgabe, Grundbucheintragung
8. 15 W 492/14 **Beschluss vom 21.01.2015**
Rücknahme, Antrag, Eintragung, Zwangshypothek, Formerfordernis

- | | |
|-----------------|---|
| 9. 31 U 73/14 | Urteil vom 21.01.2015
CMS Spread Ladder Swap, Sittenwidrigkeit, Verjährung, Vorsatz, anfänglicher negativer Marktwert |
| 10. 32 SA 86/14 | Beschluss vom 29.01.2015
Zuständigkeitsbestimmung, dinglicher Gerichtsstand, Freiheit von dinglicher Belastung |

Familiensenate

- | | |
|-----------------|--|
| 1. 4 UF 253/14 | Beschluss vom 12.01.2015
Entscheidung über Wiedereinsetzungsgesuch, Zustellung Versäumnisbeschluss im schriftl. Vorverfahren |
| 2. 14 UF 135/14 | Beschluss vom 03.02.2015
Untersuchungstermin, Explorationsgespräch, Sachverständigen, Anwesenheit Begleitperson, Ablehnung |

Strafsenate

- | | |
|----------------------------|---|
| 1. 1 RBs 18/15 | Beschluss vom 03.02.2015
Beweisantrag, Ablehnung, Aussetzung der Hauptverhandlung, spätes Vorbringen des Beweisantrages |
| 2. 1 VAs 87/14 | Beschluss vom 19.01.2015
Zurückstellung der Strafvollstreckung, erfolgreiche Therapie |
| 3. 1 Vollz(Ws) 664, 665/14 | Urteil u. Beschluss vom 27.01.2015
Beobachtung, Strafvollzug, weibliche Bedienstete, Haftraum, Anklopfen |
| 4. 2 Ws 1/15 | Beschluss vom 15.01.2015
Sicherungshaft, Betrug, gewerbsmäßig |
| 5. 3 RBs 355/14 | Beschluss vom 13.01.2015
Feuerstättenbescheid, (Bezirks-)Schornsteinfeger, Ausfüllen Formblatt |
| 6. 3 RBs 5/15 | Beschluss vom 27.01.2015
Ersatzzustellung, Wirksamkeit, Rechtsmissbrauch, Verjährung, Verletzung, Meldepflicht |
| 7. 4 Ws 357/14 | Beschluss vom 13.11.2014
Unterbringung, Erledigung, Maßregelvollzug |
| 8. 5 RVs 76/14 | Urteil vom 10.02.2015
Bagatelldelinquenz, Bagatelldelikte |
| 9. 5 RVs 106/14 | Beschluss vom 27.01.2015
Unterbringung in Entziehungsanstalt |

Zivilsenate

zu 1: 4 U 90/14 Urteil vom 18.11.2014
Irreführung, maklerbetreute Kunden, Schreiben der Versicherung, Rufnummer Kundenservice, regionale Filiale

Zur Frage der Irreführung durch die Angabe der regionalen Filialdirektion und der Rufnummer des Kundenservices in Schreiben einer Versicherung, die an maklerbetreute Kunden gerichtet sind und diesen durch den beauftragten Makler übermittelt werden.

zu 2: 5 U 78/14 Urteil vom 19.01.2015
unzulässiges Teilurteil

Die Voraussetzungen für den Erlass eines Teilurteils im Sinne des § 301 Abs. 1 ZPO sind:

- die Teilbarkeit des Streitgegenstandes,
- die Entscheidungsreife eines und nur eines Teils des Streitverhältnisses,
- als ungeschriebenes Merkmal die Unabhängigkeit des Teilurteils von der Entscheidung des Rest-Streits (Widerspruchsfreiheit zum Schlussurteil).

zu 3: 5 W 69/14 Beschluss vom 24.11.2014
richterliche Durchsuchungsanordnung

Für die Anordnung der Durchsuchung der Räume des Schuldners als Maßnahme der Zwangsvollstreckung ist das Amtsgericht sachlich und örtlich zuständig, in dessen Bezirk die Durchsuchung erfolgen soll, §§ 758 a Abs. 1, 802 ZPO.

zu 4: 7 U 42/14 Urteil vom 16.01.2015
Entschädigungsanspruch, Einspeisungsmanagement

1. Die vertragliche Vereinbarung einer über die Vorgaben des § 8 Abs.1 EEG (2012) hinausgehenden, den Vorbehalt des § 11 EEG ausschließenden Abnahmepflicht des Netzbetreibers ist gemäß § 4 Abs.2 S.1 EEG unwirksam.

2. Der Entschädigungsanspruch des Anlagenbetreibers nach § 12 Abs.1 EEG (2012) setzt keine ferngesteuerte Reduktion der Einspeisung voraus. Auch eine Drosselung der Anlage durch vom Netzbetreiber zur Vermeidung der Gefahr von Netzengpässen verbindlich vorgegebene Einstellungen an den Sicherheitseinrichtungen der Anlage (Wechselrichter/Q/U-Schutzschalter) kann eine Reduzierung der Einspeisung im Sinne des § 12 EEG (2012) bewirken.

3. Der Entschädigungsanspruch nach § 12 Abs.1 EEG (2012) setzt nicht das Bestehen einer Netzausbaupflicht im Sinne des § 9 EEG (2012) voraus.

zu 5: 15 W 79/93 Beschluss vom 10.10.1993
Ausschluss von Versorgungsleistungen

Die Wohnungseigentümergeinschaft ist unter Wahrung des Verhältnismäßigkeitsprinzips berechtigt, einen Wohnungseigentümer bei erheblichen Wohngeldrückständen von der Versorgung mit Wasser, Allgemeinstrom und Heizenergie auszuschließen.

zu 6: 15 W 256/14 Beschluss vom 23.12.2014
Grunddienstbarkeit, Inhalt, Photovoltaikanlage, Strom, Eigenverbrauch, Grundstück

Die Nutzung einer Photovoltaikanlage kann nur dann Inhalt einer Grunddienstbarkeit sein, wenn ein technischer Eigenverbrauch des erzeugten Stroms auf dem begünstigten Grundstück stattfindet.

zu 7: 15 W 302/14 Beschluss vom 16.01.2015
Nacherbenvermerk, Vorerbenverfügung, Grundbuch, Bekanntgabe, Grundbucheintragung

Bleibt der eingetragene Nacherbenvermerk im Grundbuch bestehen, ist dem Nacherben eine Eintragung im Grundbuch aufgrund einer Verfügung des Vorerben nicht bekannt zu geben.

zu 8: 15 W 492/14 Beschluss vom 21.01.2015
Rücknahme, Antrag, Eintragung, Zwangshypothek, Formerfordernis

Der Senat hält an seiner Auffassung fest, dass § 31 S. 1 GBO auch den Antrag auf Eintragung einer Zwangshypothek erfasst, dessen Rücknahme also dem dort vorgesehenen Formerfordernis unterliegt.

zu 9: 31 U 73/14 Urteil vom 21.01.2015
CMS Spread Ladder Swap, Sittenwidrigkeit, Verjährung, Vorsatz, anfänglicher negativer Marktwert

Zur Frage, ob die beklagte Bank das klagende Unternehmen beim Abschluss eines CMS Spread Ladder Swaps vorsätzlich falsch beraten hat.

Verletzt die Bank ihre Pflichten aus dem Beratungsvertrag, weil sie das Unternehmen nicht exakt über den anfänglichen negativen Marktwert des Swaps aufklärt, steht dem Unternehmen gleichwohl kein Schadensersatzanspruch zu, wenn insoweit keine vorsätzliche Pflichtverletzung der Bank vorliegt und etwaige Ansprüche des Unternehmens nach § 37a WpHG a.F. verjährt sind.

zu 10: 32 SA 86/14 Beschluss vom 29.01.2015
Zuständigkeitsbestimmung, dinglicher Gerichtsstand, Freiheit von dinglicher Belastung

Ohne rechtliche Beziehung eines Klägers zu dem Grundstück, dessen Befreiung von einer Belastung verlangt wird, ist § 24 Abs. 1 3. Alt. ZPO nach dem Sinn und Zweck der Vorschrift nicht anwendbar.

Familiensenate

zu 1: 4 UF 253/14 Beschluss vom 12.01.2015

Entscheidung über Wiedereinsetzungsgesuch, Zustellung Versäumnisbeschluss im schriftl. Vorverfahren

Bei einer Zurückweisung des Wiedereinsetzungsgesuchs ist in einer einheitlichen Entscheidung auch der Einspruch als unzulässig zu verwerfen.

Die Einspruchsfrist beginnt bei einer Versäumnisentscheidung im schriftlichen Vorverfahren erst nach Zustellung an beide Beteiligte; die fehlende Zustellung an den Antragsteller kann nicht durch Zugang nach einfacher Übersendung geheilt werden.

zu 2: 14 UF 135/14 Beschluss vom 03.02.2015

Untersuchungstermin, Explorationsgespräch, Sachverständigen, Anwesenheit Begleitperson, Ablehnung

Einem medizinisch oder psychologisch zu begutachtenden Beteiligten ist bei einem Untersuchungstermin bzw. Explorationsgespräch des Sachverständigen die Anwesenheit einer Begleitperson ohne Äußerungs- bzw. Beteiligungsrecht zu gestatten (Anschluss an OLG Zweibrücken FamRZ 2000, 1441; LSG Rheinland-Pfalz NJW 2006, 1547).

Strafsenate

zu 1: 1 RBs 18/15 Beschluss vom 03.02.2015

Beweisantrag, Ablehnung, Aussetzung der Hauptverhandlung, spätes Vorbringen des Beweisantrages

Für die Frage, ob die Beweiserhebung zur Aussetzung der Hauptverhandlung führt, ist maßgeblich, ob ein seine Aufgaben pflichtbewusst erfüllender Richter - auch unter Berücksichtigung der üblichen Schwankungen in der wöchentlichen Arbeitsbelastung, d.h. auch bei angemessener Mehrarbeit gegenüber seiner üblichen wöchentlichen Arbeitsbelastung - den Fortsetzungstermin zur Durchführung der Beweisaufnahme nicht mehr hätte ansetzen können. Dies ist dann der Fall, wenn er - auch bei angemessener Mehrarbeit - den Fortsetzungstermin voraussichtlich nicht ohne Aufhebung anderer Termine oder Vernachlässigung anderer Pflichten (wie etwa sorgfältige Vorbereitung anderer Hauptverhandlungen, Wahrung der Urteilsabsetzungsfristen, Wahrung des besonderen Beschleunigungsgebots in Haftsachen etc.) nicht durchführen kann.

zu 2: 1 VAs 87/14 Beschluss vom 19.01.2015

Zurückstellung der Strafvollstreckung, erfolgreiche Therapie

Eine Zurückstellung der Strafvollstreckung gemäß § 35 BtMG setzt voraus, dass im Zeitpunkt der Entscheidung noch eine behandlungsbedürftige Drogenabhängigkeit des Betroffenen besteht. Eine von dem Antragsteller bereits erfolgreich abgeschlossene Therapie erlaubt keine Zurückstellung nach den §§ 35 ff. BtMG mehr.

zu 3: 1 Vollz(Ws) 664, 665/14 Urteil u. Beschluss vom 27.01.2015
Beobachtung, Strafvollzug, weibliche Bedienstete, Haftraum, Anklopfen

Grundsätzlich ist die Beobachtung männlicher Gefangener durch einen Türspion oder ein Fenster zum Haftraum – auch durch weibliche Bedienstete – eine zulässige Maßnahme zur Abwendung der Realisierung einer Selbstmordgefahr. Auch hierbei ist freilich die Intimsphäre des Gefangenen, die durch Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG geschützt wird, möglichst zu schonen. Insoweit ist – jedenfalls bei der Beobachtung durch weibliche Bedienstete – zu prüfen, ob eine vorherige Ankündigung einer solchen Sichtkontrolle ohne Gefährdung ihres Sicherungszwecks möglich ist und ggf. entsprechend vorzugehen, damit dem Gefangenen die Möglichkeit gegeben wird, etwaigen Eingriffen in seine Intimsphäre vorzubeugen.

zu 4: 2 Ws 1/15 Beschluss vom 15.01.2015
Sicherungshaft, Betrug, gewerbsmäßig

Zu den Voraussetzungen der Sicherungshaft bei gewerbsmäßigen Betrugstaten.

zu 5: 3 RBs 355/14 Beschluss vom 13.01.2015
Feuerstättenbescheid, (Bezirks-)Schornsteinfeger, Ausfüllen Formblatt

1. Die Pflicht zur wahrheitsgemäßen und vollständigen Ausfüllung von Formblättern nach § 4 Abs. 2 SchfHwG, deren vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 2 SchfHwG als Ordnungswidrigkeit geahndet wird, nimmt nach dem Wortlaut, der Gesetzessystematik und dem Regelungszweck auf die in § 4 Abs. 1 SchfHwG genannten Formblätter Bezug.

2. Die Formblätter dienen dazu, die fristgerechte Durchführung der im Feuerstättenbescheid nach § 14 Abs. 2 SchfHwG festgesetzten Arbeiten den jeweiligen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern oder Bezirksschornsteinfegermeistern nachzuweisen (§ 4 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 SchfHwG).

3. Maßgeblich dafür, welche Arbeiten zu erbringen sind und wozu die Formblätter wahrheitsgemäße sowie vollständige Angaben enthalten müssen, ist allein der jeweilige Feuerstättenbescheid.

4. Erbringt ein Schornsteinfeger darüber hinaus – gleichsam "überobligatorisch" – Arbeiten, die nicht durch den Feuerstättenbescheid festgesetzt sind und damit in keinem Zusammenhang stehen, so betrifft dies nicht die in § 4 Abs. 1 und 2 SchfHwG geregelten Arbeiten; einer Erwähnung in den Formblättern über die nach dem Feuerstättenbescheid erforderlichen Arbeiten bedarf es somit nach § 4 Abs. 2 SchfHwG grundsätzlich nicht.

zu 6: 3 RBs 5/15 Beschluss vom 27.01.2015
Ersatzzustellung, Wirksamkeit, Rechtsmissbrauch, Verjährung, Verletzung, Meldepflicht

Ein Betroffener kann sich wegen Rechtsmissbrauchs nicht auf die Unwirksamkeit einer Ersatzzustellung des gegen ihn ergangenen Bußgeldbescheides berufen, wenn er bei der Verwaltungsbehörde einen Irrtum über seinen tatsächlichen Lebensmittelpunkt

bewusst und zielgerichtet unter Verstoß gegen die Meldegesetze der Länder herbeigeführt hat.

zu 7: 4 Ws 357/14 Beschluss vom 13.11.2014
Unterbringung, Erledigung, Maßregelvollzug

Es geht nicht zu Lasten des Untergebrachten, dass die Unterbringungseinrichtung ihm bisher die in einem früheren Beschluss angeordneten Lockerungen nicht gewährt hat und kein Wohnheimplatz zur Verfügung steht.

zu 8: 5 RVs 76/14 Urteil vom 10.02.2015
Bagatellkriminalität, Bagatelldelikte

Verhängung von nicht nur kurzfristigen Freiheitsstrafen auch bei Bagatelldelikten.

zu 9: 5 RVs 106/14 Beschluss vom 27.01.2015
Unterbringung in Entziehungsanstalt

Werden im Urteil Feststellungen zu einer Suchtmittelabhängigkeit des Angeklagten getroffen, die Anlass zur Erörterung der Frage seiner Unterbringung in einer Entziehungsanstalt nach § 64 StGB geben, muss über die Anordnung einer Maßregel nach § 64 StGB eine Entscheidung getroffen werden.

Hinweis:

- ❖ Die Rechtsprechungsübersicht aktuell finden Sie ebenfalls im Bezirks-Infodienst unter "OLG Hamm/Dezernat 8/Informationen".
- ❖ Die in der Übersicht genannten Entscheidungen stehen Ihnen in der Rechtsprechungsdatenbank (**NRW**Entscheidungen) der Gerichte in Nordrhein-Westfalen im Volltext zur Verfügung.
- ❖ Die Datenbank im NRW-Justizportal ist auch direkt über die Adresse www.nrwe.de erreichbar.

Herausgegeben von der Pressestelle des Oberlandesgerichts Hamm, 59061 Hamm
verantwortlich: Richter am OLG Christian Nubbemeyer, Pressesprecher
☎ 02381 272-4925 * 📠 02381 272-528 * e-mail pressestelle@olg-hamm.nrw.de
www.olg-hamm.nrw.de